

UNO-Sozialgipfel in Genf

Machtpoker um Armut, Reichtum und schöne Worte

Die sozialen Gegensätze verschärfen sich weltweit. Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Kinder-Elend, Hunger und Epidemien grasieren in derselben Weltordnung wie Internet-Euphorie und Aktien-Boom. Der zweite Sozialgipfel der UNO diskutiert diese Diskrepanzen im Nicht-Mitgliedsland Schweiz.

Thomas Huonker

Der UNO-Sozialgipfel findet vom 26. bis zum 30. Juni 2000 zum zweitenmal statt. Premiere hatte das Treffen 1995 in Kopenhagen. Weshalb kommt nun Genf zu Ehren?

Die UNO hat den Genfer Völkerbundspalast geerbt und viele mit sozialen Fragen befasste Organisationen der UNO haben ihren Sitz in Genf:

- > UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat)
- > UNESCO (Weltorganisation für Bildung, Soziales und Erziehung)
- > WHO (Weltgesundheitsorganisation)
- > ILO (Internationale Arbeitsorganisation)

So ist es alles andere als abwegig, dass eine UNO-Vollversammlung im Nicht-Mitgliedsland Schweiz stattfindet. Und vielleicht wird ja der UNO-Beitritt irgendwann auch in der Schweiz mehrheitsfähig ...

Instanzen und Interessen

Das Ziel der hochkarätigen Veranstaltung lautet: «Menschliches Wohlbefinden für alle». Diese Formulierung findet sich im Text, den der Präsident der vorberatenden Kommission den UNO-Delegierten vorlegen wird. Hauptarbeit der Konferenzteilnehmer wird sein, die einzelnen Abschnitte des Textes durchzuberaten. Zu vielen Themen liegen gegensätzliche Varianten vor, entsprechend den unterschiedlichen globalen Interessenlagen.

Es gibt verschiedene Instanzen globaler Wirtschafts- und Sozialpolitik:

- > Die WTO (World Trade Organization) hat weltweite Marktwirtschaft und Freihandel zum Ziel und kann dabei auf die Manager

der multinationalen Konzerne, aber auch auf die Staatsleute der führenden Exportmächte wie USA, EU oder Japan zählen.

- > Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank bezwecken ein möglichst krisenfreies Handling von Staatsbudgets, Staatsschulden und Devisenhandel.
- > Die UNO ist von ihrem Programm her dem Weltfrieden und der Durchsetzung von Völkerrecht und Menschenrechten verpflichtet. ILO, UNHCR, UNESCO und WHO sind von ihren grundlegenden Deklarationen her der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet.

Wenn die UNO und ihre sozialen Annex-Organisationen gewissermassen den «linken Flügel» der globalen Instanzen bilden, dann sind die Nicht-Regierungsorganisatio-

nen, die NRO – und vor allem auch ihre demonstrationsbereiten Aktivisten – die ausserparlamentarische Weltopposition. Zu den NRO gehören verschiedene Gewerkschaften, Organisationen von Frauen, Indigenen oder Minderheiten, aber auch Amnesty International und diverse Umweltschutzorganisationen.

Von den am UNO-Sozialgipfel Stimmberechtigten am weitesten «links» stehen die Vertreter der G77, der Gruppe der armen Länder. Allerdings gibt es auch in den G77-Ländern viele Regimes militaristischer oder konservativer Ausrichtung. Die Positionen der G77 stimmen teilweise, aber keineswegs immer, mit denen der NRO überein. Die Mitglieder haben sich an ihrem kürzlichen Treffen in Kuba auf den Sozialgipfel einstimmen können.



Das Gebäude der ILO in Genf: Die Internationale Arbeitsorganisation fordert seit Jahrzehnten international geltende Standards bei Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeitsrecht.

Foto: Keystone

Klare Analyse von Ungleichheit und Migranten-Elend

Im Absatz 19 des Entwurfs zum Gipfeldokument heisst es:

«Eine wachsende Anzahl von Menschen sind von Armut betroffen wegen der ungleichmässigen Verteilung von Chancen, Versorgung, Einkommen sowie des Zugangs zu Arbeitsplätzen und sozialen Diensten. In vielen Ländern besteht ein wachsender Gegensatz zwischen Inhabern von hochqualifizierten, gutbezahlten Arbeitsplätzen und an schlechtbezahlte, unsichere Jobs Gebundenen, die nur über wenig sozialen Schutz verfügen. Wegen fortdauernder Diskriminierung und Ausgrenzung sind es vor allem Frauen und Mädchen, die solchen Nachteilen ausgesetzt sind.»

Der Entwurf erwähnt auch die Ausbreitung von Schattenwirtschaft, informellen Arbeitsverhältnissen und Migranten-Elend. So in Absatz 21, wo bemängelt wird, dass die bisherige Anzahl von Staaten, welche die Internationale Konvention betreffend Schutz und Rechte der Fremdarbeiter und ihrer Familienangehörigen ratifiziert haben, nicht ausreicht, um die Konvention in Kraft zu setzen.

Zudem «bestehen Probleme betreffend die Verletzung der Menschenrechte von Migranten weiter. In vielen Weltteilen unterliegen Migranten der Diskriminierung, und selbst mit gültigen Papieren versehene Migranten erhielten nicht den ihnen zustehenden sozialen Schutz.» Mindestens zwischen den Zeilen wird so auch das wachsende Problem der Papierlosen erwähnt.

Nicht alle wollen Armut und Schulden beseitigen

Der Entwurf zum Gipfeldokument will die Teilnehmerstaaten auf soziale Mindeststandards verpflichten, wie sie die ILO zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten am Arbeitsplatz 1998 ausgearbeitet hat, etwa betreffend Diskriminierung am Arbeitsplatz und Organisations- und Streikrecht. Zusätzlich werden die Staaten zur Ratifikation des neuen ILO-Übereinkommens gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit aufgerufen.

Diese Themen sind allerdings sehr umstritten und entsprechende Beschlüsse werden nur unter grössten Schwierigkeiten zu erreichen sein.

Absatz 95 des Textentwurfs befasst sich mit der Verschuldung der ärmsten Länder. Während die USA und Japan diesen Absatz schlichterding streichen wollen, fordert die G77, der Sozialgipfel möge beschliessen, «die gesamte Schuldenlast der ärmsten afrikanischen Staaten und der am wenigsten entwickelten Staaten insgesamt zu annullieren.» Die EU und Kanada nehmen eine Mittelposition ein. Sie wollen den ärmsten Ländern die Schulden nur erlassen, wenn sie eine kostengünstige Sozialpolitik betreiben. Die Schulden sollen insbesondere nur erlassen werden, wenn die freigesetzten Mittel für die Sozialpolitik verwendet werden und nicht in korrupten Kanälen oder Militärausgaben enden.

Eine feierliche Deklaration von «Entschlossenheit und Pflicht, die Armut zu beseitigen», wird in Absatz 5 vorgeschlagen. Auch das wollen die USA und Japan gar nicht, während EU und G77 unterschiedliche Varianten vorlegen. Die EU folgt der G77 nicht, wenn diese ein «Recht auf Entwicklung» postuliert. Ebenso wenig unterstützt Brüssel die Forderung der ärmsten Länder nach einer «gleichmässigen Verteilung des Wohlstands innerhalb und zwischen den Nationen».

Bund zahlt Reisekosten für Delegierte armer Länder

Auch am Sozialgipfel selber zeigen sich soziale Probleme. Während die Delegierten der reichen Staaten und die Mitarbeiter der mächtigen und gut gestellten internationalen Organisationen als VIPs anreisen und Zimmer oder Suiten in Luxushotels als Sozialstandard voraussetzen, fehlen vielen armen Staaten schlicht die Mittel zur Teilnahme an dieser High-End-Diskussion über Arm und Reich. Der Bund bezahlt deshalb einiges an die zusätzlichen Reisespesen, die aus der Sitzungs-Verlegung von New York nach Genf entstehen. Die reiche Schweiz übernimmt beispielsweise auch die vollen Reisekosten für einen Vertreter der Least

Developed Countries. Ausserdem bezahlt die Schweiz ein Ticket pro Entwicklungsland, das schwere wirtschaftliche Probleme hat. Es ist auch die Rede von fünfzig Genfer Gastgeberfamilien, welche Delegierte der Armen gratis beherbergen werden.

Parallelveranstaltungen in Schweizer Regie

Der vom Bundesrat mit der Organisation des Grossanlasses betraute Botschafter Daniel Stauffacher organisiert mit einer Task-Force des seco parallel zur der UNO-Vollversammlung ein Symposium mit TeilnehmerInnen aus aller Welt, darunter James Wolfensohn, Weltbankdirektor, oder Khalid Alioua, Entwicklungsminister im Königreich Marokko.

Den NRO offenstehen wird das «Forum Geneva 2000». Es soll laut Christian Tohmé von der seco-Task Force so etwas «wie eine grosse Messe» sein, wo alle Organisationen ihre Anliegen offen präsentieren können. Auch Vertreter der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und Politiker können daran teilnehmen. Sind die schweizerischen Gastgebergesten Bemühungen, auch Vertreter der Armen über die zunehmende Armut in der Welt und deren eventuelle Beseitigung in möglichst herrschaftsfreiem Dialog mitdiskutieren zu lassen? Oder ist es Feinarbeit in sozialer Abstufung und subtiler Einflussnahme?

Militär gegen erwartete Proteste

Die bunte Protestkoalition der Globalisierungskritiker, deren Stärke alle überraschte, verschaffte sich 1999 in Seattle und Davos, im Frühjahr 2000 auch in Washington mit Strassentheater und Sitzblockaden lauthals und medienwirksam Gehör. Die Gegner einer neoliberalen Globalisierung werden wohl auch den Genfer Anlass nicht verpassen wollen. Wie schon am Managerforum in Davos werden deshalb auch am Sozialgipfel in Genf neben Polizisten aus verschiedenen Kantonen über hundert Berufsmilitärs des Festungswachtkorps aufgeboden, um bei den massiven logistischen Aufgaben – wie etwa der Registrierung – unterstützend mitzuwirken. **Kontakt:** www.geneva2000.org □